Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/231

Versammlung der Westeuropäischen Union
Deutsche Delegation

Bericht

über die Tagung der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 5. bis 10. Dezember 1969 in Paris

Der zweite Teil der 15. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union erhielt sein besonderes Gepräge von der Tatsache, daß unmittelbar nach den Konferenzen der Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder in Den Haag und des NATO-Rates in Brüssel europäische Parlamentarier zum ersten Mal Gelegenheit hatten, sich mit deren Ergebnissen gemeinsam auseinanderzusetzen.

Für die politische Debatte lag ein Bericht des niederländischen Abg. van Hall (Sozialist) über die WEU und die politische Union Europas vor, der im zuständigen Ausschuß vor der Gipfelkonferenz von Den Haag diskutiert worden war und nun unter den neuen Aspekten in der Plenarversammlung debattiert wurde; dabei zeigten die Redner im allgemeinen einen vorsichtigen Optimismus; in diesem Sinne äußerte sich auch der gegenwärtige Präsident des Ministerrates der WEU, der belgische Außenminister Harmel, über den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz, die er für bedeutsam halte und die erneut mit Entschiedenheit festgestellt habe, daß die Gemeinschaft, auch die erweiterte, an ihren politischen Zielen festhalten müsse; er glaube versichern zu können, daß alle sieben Mitglieder der WEU den politischen Willen hätten, wirkliche Fortschritte zu machen.

Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) ging in seinem Beitrag davon aus, daß man nach den ursprünglich skeptischen Erwartungen nun einigen Grund zu Optimismus habe; die Konferenz habe keine falschen Prioritäten gesetzt und einen festen Termin genannt, bis zu dem genaue Vorschläge für die politische Einigung erarbeitet sein müssen; die WEU könne in der Zwischenzeit hier nützlichste Dienste leisten. Seiner Meinung nach sollten zehn europäische Länder den Kern einer europäischen Föderation bilden, zunächst in der EWG, dann auch in der WEU, und später könne es vielleicht zu einer allmählichen Verschmelzung der Organisationen kommen. Die sechziger Jahre seien für die Europäer eine Enttäuschung gewesen, nicht nur weil es die Regierungen an Entschlußkraft, sondern auch weil die Parlamentarier es an gutem Willen fehlen ließen. Mit Verwunderung habe er vor allem in der Presse Kenntnis nehmen müssen von einem gewissen Mißtrauen gegenüber der neuen aktiveren Ostpolitik der Bundesregierung; die Bundesregierung strebe jedoch weder ein neues Rapallo noch die nationale Isolierung, wohl aber eine aktive Rolle in einer künftigen europäischen Friedensordnung an, für die eine Verständigung mit Osteuropa unerläßlich sei; nur so könne auch das deutsche Problem gelöst werden. Zum Schluß erinnerte der Redner an die große Bedeutung direkter europäischer Wahlen für weitere Fortschritte in der Integration und versicherte, daß diese Frage von jetzt an auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages bleiben werde.

Auch Prof. von Merkatz (CDU/CSU) erkannte viel Positives in den Haager Beschlüssen, die zwar große Ziele gesteckt, aber sich nicht in Details verloren haben, hinter denen sich oft Widerstände der nationalen Bürokratien verbergen. Die WEU werde eine besondere Rolle in der kommenden europäischen Sicherheitskonferenz zu spielen haben, deren Erfolg von einer gemeinsamen europäischen Haltung in allen wichtigen Fragen abhängen werde; wenn Ostpolitik mit bilateralen Verhandlungen geführt werde, dann liefere sich Europa der Hegemonie der Sowjetunion aus. Auch die Bundesrepublik denke nicht

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51

an einen bilateralen Einzelgang in ihrer Ostpolitik und für Mißtrauen dürfte nach all dem guten Willen, den sie in der europäischen Zusammenarbeit bis jetzt bewiesen habe, jeder Anlaß fehlen. Die gemeinsame Haltung sei um so wichtiger, je stärker Amerika auf eine Entlastung in seinen europäischen Verpflichtungen dränge. Der Redner schlug vor, ein Sekretariat für alle Sicherheits-, Verteidigungs- und außenpolitischen Fragen zu gründen, das ständigen Kontakt mit der EWG-Kommission halte, die beide ihrerseits wieder einen ständigen Dialog mit den nationalen Regierungen führen müßten. Man solle nicht so viel über die Begriffe Supranationalität und Souveränitätsverzicht streiten, es komme allein darauf an, eine gemeinsame Willensbildung zustande zu bringen.

Herr Kahn-Ackermann (SPD) wandte sich gegen einige skeptische Äußerungen, die in der Debatte gelegentlich anklangen; jedenfalls hätten die Regierungen in Den Haag über manches nachgedacht, worüber sie lange nicht mehr miteinander gesprochen hätten, nämlich über die praktische politische Zusammenarbeit, die von den europäischen Versammlungen so oft gefordert worden sei; wenn man noch keine Lösung gefunden habe, so sei sie doch angebahnt worden. Auch er erklärte, er könne nicht verstehen, wie manche Leute plötzlich die neue Initiativen der Bundesregierung in der Ostpolitik mit Mißtrauen beobachteten, nachdem seit Jahren die Lösung der deutschen Frage als die entscheidende Voraussetzung für die Friedenssicherung in Europa angesehen worden sei; die Bundesregierung wolle versuchen, ihren Beitrag zu leisten.

Als Vorsitzender des Politischen Ausschusses der WEU-Versammlung begrüßte es Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) am Schluß der Debatte, daß die Redner sich im allgemeinen positiv zu den Ergebnissen von Den Haag geäußert hätten, und daß auch einige Mißverständnisse hinsichtlich der deutschen Ostpolitik ausgeräumt worden seien; auch er wisse, daß in den kommenden Verhandlungen noch schwierige Probleme und politische brisante Fragen zu lösen sein würden. Er forderte, daß die Parlamentarier vom Fortgang der Gespräche unterrichtet und eingeschaltet würden; das Vetorecht müsse abgeschafft werden, wenn die Gemeinschaft nicht zur Handlungsunfähigkeit verurteilt werden solle. Für das vordringlichste und unerläßliche Ziel der kommenden Verhandlungen halte er eine gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Währungspolitik.

Die am Schluß der politischen Debatte angenommene Empfehlung 193 ist im Anhang angefügt.

Den Bericht des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen legte Abg. Draeger (CDU/CSU) vor; er ging dabei davon aus, daß es für die europäische Sicherheit keine andere Alternative als das NATO-Bündnis gibt; eine europäische Sicherheitskonferenz könne dann nützlich sein, wenn sie sehr sorgfältig vorbereitet wird, wenn die USA und Kanada voll daran beteiligt werden und wenn es dem Westen gelingt, seine eigenen Vorstellungen von vornherein zur Ausgangsposition der Gespräche zu machen; die deutsche und Berlin-Frage könne dabei nicht ausgeklammert werden.

Was den Rückzug amerikanischer und kanadischer Truppen aus Europa betrifft, so könne er aus persönlicher Erfahrung während seines Besuches in den USA erklären, daß die amerikanischen Truppen in Europa vorerst nicht und die kanadischen in geringerem Umfang als vorgesehen zurückgezogen werden sollen; allerdings besteht in den USA eine Tendenz zur Verminderung ihrer überseeischen Verpflichtungen, und wenn die Europäer nicht zu einer qualifizierten Verteidigungsanstrengung bereit sein werden, müsse mit einer Verstärkung dieser Tendenz gerechnet werden.

Die Amerikaner sind der Meinung, daß ihr eigener atomarer Schutz für Europa ausreichend sei, einem Beitrag Westeuropas mit eigenen atomaren Waffen stehen sie skeptisch gegenüber.

Die bilateralen Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion über Rüstungsbegrenzungen sind zu begrüßen, aber die Europäer haben Anspruch darauf, über den Stand der Verhandlungen laufend informiert zu werden.

Bei seinen Gesprächen in den Vereinigten Staaten hat er den sicheren Eindruck erhalten, daß nicht daran gedacht wird, die amerikanische Flotte aus dem Mittelmeer zurückzuziehen; der Ausbau einer europäischen U-Boot-Flotte wird in Washington begrüßt. In Amerika könnte er eine unverkennbare Europaverdrossenheit feststellen, die zweifellos darauf zurückzuführen ist, daß die Amerikaner mit dem Fortgang der europäischen Einigung unzufrieden sind.

Im Verlaufe der Verteidigungsdebatte ergriff Bundesverteidigungsminister Schmidt das Wort und hob hervor, daß die Bundesregierung der WEU immer eine große Bedeutung zugemessen habe, sowohl auf politischem Gebiet als Mittler zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien wie auf militärischem als Scharnier zwischen Europa und der NATO. Die NATO habe in der Vergangenheit ihren Zweck erfüllt, und sie behalte auch in Zukunft ihren Wert als Garantie gegen ein Wiederaufleben der kommunistischen Aggressivität; ohne die NATO könne es auch keine sinnvolle Entspannungspolitik geben; die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sei auf das Gleichgewicht der Machtmittel angewiesen. Die neue Bundesregierung werde der NATO gegenüber die bisherige Politik fortsetzen und ihren Verteidigungsbeitrag nicht schmälern; er hoffe, daß auch die anderen europäischen Länder dazu bereit seien; nur dann könne mit der weiteren Unterstützung Amerikas gerechnet werden; ein Abkommen über den Einsatz von Nuklearwaffen sei von den NATO-Partnern inzwischen getroffen worden, und die Unterzeichnung des Atomsperrvertrags werde die NATO-Verteidigung nicht berühren. Die angelaufenen Verhandlungen zwischen Ost und West könnten nur bei Wahrung des Gleichgewichts erfolgreich zu Ende geführt werden. Auf eine Frage von Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) antwortete Mini-

ster Schmidt, er glaube annehmen zu können, daß nach den Verhandlungen in Den Haag auch die WEU neuen Auftrieb bekommen werde; auf eine Frage von Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) antwortete der Minister, daß die Bundesregierung vor Aufnahme ihrer Gespräche mit den kommunistischen Regierungen selbstverständlich ihre Bündnispartner konsultiert habe und sie auch über deren Verlauf informieren werde; natürlich gebe es in der deutschen Ostpolitik neue Nuancen, aber das Ergebnis sei noch völlig offen.

Im Anschluß an die Rede von Bundesminister Schmidt sprachen der amerikanische Kongreßabgeordnete und Präsident der NATO-Parlamentarierkonferenz Wayne Hays und der Staatssekretär im Kanadischen Außenministerium Goyer; ersterer bestätigte, daß Amerika nicht die Absicht habe, sich aus Europa zurückzuziehen, daß es aber von einem geeinten Europa größere Selbstverantwortung erwarte; M. Goyer versicherte, daß Kanada Mitglied der NATO bleiben, aber seine Position überprüfen werde, da Europa jetzt so stark sei, daß es größere Verpflichtungen übernehmen könne.

Abg. Lenze (Attendorn) (CDU/CSU) ging davon aus, daß die Sowjetunion eine globale Macht geworden sei, deren Strategie die ganze Welt umspanne; es müsse noch geprüft werden, inwieweit das Gleichgewicht der Kräfte zwischen USA und Sowjetrußland noch vorhanden sei; zweifellos gebe es Anlaß zur Sorge. Er sehe keinen Widerspruch zwischen einer Sicherheitspolitik, die auf der Stärke der NATO basiert und einer vernünftigen Entspannungspolitik. Er halte es für nötig, daß die WEU-Staaten ihre Verteidigungsanstrengungen verstärken, wenn auch die Streitkräfte der Amerikaner und Kanadier nicht durch europäische Verbände zu ersetzen seien; deren Präsenz sei nicht nur psychologisch, sondern real unentbehrlich; auch Big Lift sei kein Ersatz für präsente Truppen. Eine wirkungsvolle Strategie könne sich nicht nur nach den finanziellen Mitteln orientieren, trotzdem sollten Einsparungen nicht außer Betracht bleiben, sie seien vor allem durch die Standardisierung der Waffen zu erreichen. Eine Reform der NATO sei durchaus erwägenswert, aber eine Demontage der NATO wäre der Anfang vom Ende. Je schneller die politische Einigung Europas zustande komme, desto schneller und leichter ließen sich alle politischen und militärischen Probleme lösen.

Abg. Pöhler (SPD) gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß die Überlegungen des Verteidigungsausschusses, wie sie im Bericht und der Empfehlung niedergelegt seien, weitgehend mit den Formulierungen des Kommuniqués der NATO-Konferenz von Brüssel übereinstimmten. Die militärische Weltsituation befinde sich in einem dauernden Wandel, deshalb müßten die Verteidigungskonzeptionen ständig neu überdacht werden. Aus den Abrüstungsgesprächen in Genf und Helsinki ergäben sich ebenso neue Schlußfolgerungen wie aus der militärischen Intervention der Sowjets in der Tschechoslowakei und ihrer maritimen Präsenz im Mittelmeer. Selbstverständlich müßten die europäischen Staaten ihre Verteidigungsbereitschaft glaubhaft machen und ihren Teil an den Lasten tragen; für die Bundesrepublik könne er jedenfalls behaupten, daß sie ständig bemüht sei, ihre Waffensysteme zu verbessern und die Heeresverbände besser zu mobilisieren; es müsse auch daran erinnert werden, daß die Anwesenheit amerikanischer und kanadischer Truppen in Europa nicht allein der Sicherheit der Bundesrepublik diene, sondern eine Angelegenheit des Gesamtbündnisses sei. Der günstige Ausgang der Haager Gipfelkonferenz verpflichte dazu, die Ansätze zur Harmonisierung und Integration auf allen Gebieten sorgfältig zu pflegen und zu fördern. [Empfehlung 191 zum Bericht des Abg. Draeger (CDU/CSU) siehe Anhang.]

Für den Ausschuß für Wissenschaft, Technologie und Raumforschung legte Abg. Flämig (SPD) einen Bericht über die europäische Tätigkeit auf dem Gebiet der Raumforschung namentlich der Nachrichtensatelliten vor; seiner Meinung nach hätte Europa hier einiges aufgeholt, wenn der Vorsprung der Sowjetunion und der USA auch noch beträchtlich sei, vor allem auf dem Gebiet der Träger, weil sich die europäischen Länder über deren Bau noch nicht geeinigt hätten; aber Europa könne es sich nicht leisten, auf eigene Trägerraketen zu verzichten; wer Satelliten und ihre Träger besitze, sitze an einem Schalthebel zur Macht; auch die Zusammenarbeit mit den USA könne nur dann fruchtbar sein, wenn man über eine eigene Kapazität verfüge. INTELSAT sei zwar eine Weltorganisation für Telekommunikation über Satelliten, aber es sei weitgehend in amerikanischer Hand; es müsse dahin kommen, daß kein einzelnes Land mehr ein Monopol ausüben könne, deshalb müsse eine einzige zusammengefaßte europäische Raumfahrtorganisation gebildet werden, die dann die Ansprüche Europas in INTELSAT vertreten könne.

In anderem Zusammenhang äußerte sich Abg. Flämig zur Frage des Atomsperrvertrags, den er zwar nicht für eine ideale Sache halte, weil damit keine weltweite nukleare Abrüstung erreicht werde, aber der jetzige Vertrag sei doch wesentlich besser als der ursprüngliche Entwurf, vor allem sei die ungehinderte friedliche Nutzung der Kernenergie gesichert, und er verpflichte die Atomwaffenmächte, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse mit den Unterzeichnerstaaten auszutauschen. Nachdem jetzt die Zukunft von EURATOM gesichert erscheine, müsse es möglichst bald zu Verhandlungen mit der Wiener Atombehörde kommen.

Abg. Richter (SPD) bedauerte, daß in Europa sowohl die Öffentlichkeit wie die Regierungen offenbar noch nicht von der Dringlichkeit eines großzügigen gemeinsamen Programms überzeugt seien; er wisse von den Enttäuschungen der Wissenschaftler, denen keine ausreichende Unterstützung gewährt werde, obwohl das europäische Wissen und Können sich mit dem der Weltmächte durchaus vergleichen lasse, und auch die finanziellen Mittel ausreichten, wenn sich die europäischen Länder zur Zusammenarbeit entschließen könnten. Er appellierte an die europäischen Parlamentarier, sich in ihren

nationalen Parlamenten dafür einzusetzen, daß Europa in vollem Umfang Teilnehmer an der Erforschung und Nutzung des Weltraums werde.

(Empfehlung 190 zum Bericht des Abg. Flämig siehe Anlage)

Der Sprecher

Dr. Klaus-Peter Schulz, MdB

Ein Schreiben des Präsidenten der WEU-Versammlung, M. Housiaux, an den Herrn Bundestagspräsidenten mit den von der Versammlung zur Weiterleitung an die nationalen Parlamente ausgewählten Texten und die Empfehlung 191 über die Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit sind in deutscher Übersetzung als Anlage beigefügt.

Anlage

(Übersetzung)

Versammlung der Westeuropäischen Union

43, av. du Président Wilson, Paris 16e, Carnot 08-00, Uneurop-Paris

Der Präsident

Paris, 11. Dezember 1969

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn Kai-Uwe von Hassel
Bonn

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beehre mich, Ihnen hiermit die Texte von vier Empfehlungen zu übersenden, die von der Versammlung der Westeuropäischen Union während des Zweiten Teils ihrer 15. Ordentlichen Sitzungsperiode vom 8. bis 11. Dezember 1969 in Paris angenommen wurden:

Empfehlung 190 über den Stand der europäischen Weltraumforschung — INTELSAT

Empfehlung 192 über die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

Empfehlung 193 über die WEU und die politische Union Europas

Empfehlung 194 über den internationalen Waffenhandel

Diese Texte dürften für Ihr Parlament von Interesse sein. Die Versammlung brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß sie zum Gegenstand von Fragen oder Interpellationen im Plenum oder in den Ausschüssen gemacht würden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

G. HOUSIAUX

Empfehlung Nr. 190

über den Stand der europäischen Weltraumforschung — INTELSAT

Die Versammlung,

in Erwägung des Standes, den die INTELSAT-Verhandlungen erreicht haben, und insbesondere in Anbetracht der unterschiedlichen Einstellung der Mitgliedstaaten;

im Bewußtsein der Notwendigkeit, eine unabhängige europäische Technologie zu schaffen, die jede Monopolisierung der weltweiten Nachrichtenverbindungen verhindert und die Möglichkeit offen hält, die wirksamsten und wirtschaftlichsten Regionalsysteme im allgemeinen Interesse der Menschheit zu errichten,

Empfiehlt dem Rat

1. die Mitgliedsländer der CETS im Rahmen dieser Organisation oder der Europäischen Raumkonferenz zu ersuchen:
   — ihre Haltung vor den abschließenden Gesprächen, die im Jahre 1970 über die künftigen INTELSAT-Vereinbarungen stattfinden werden, aufeinander abzustimmen;
   — in Verbindung mit dem amerikanischen Raumforschungsprogramm ein wirksames europäisches Raumforschungsprogramm auszuarbeiten, das den Anforderungen der 80er Jahre auf dem Gebiet der Raketen- und Nachrichtensatelliten sowie hinsichtlich der größtmöglichen Anzahl von Kanälen in vollem Umfang Rechnung trägt und die haushaltsmäßigen Vorkehrungen trifft, die diesen künftigen Notwendigkeiten entsprechen;
2. sofort Maßnahmen einzuleiten, die die öffentliche Meinung zugunsten der Verwendung der Europa zur Verfügung stehenden Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele beeinflussen können;
3. die Errichtung einer einzigen europäischen Raumfahrt- und Raumforschungsorganisation zu fördern, die die bisherigen spezialisierten Organisationen auf diesem Gebiet vereinigt.

Empfehlung Nr. 192

über die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

Die Versammlung,

ist der Meinung, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten die Grundlage der Sicherheit der westlichen Welt und ihrer Wohlfahrt ist;

Erinnert an die Empfehlung Nr. 171;

Stellt fest, daß die gegenwärtige Krise in der Industriegesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks spürbar und keine befriedigende Lösung im nationalen Rahmen denkbar ist;

Ist davon überzeugt, daß die europäische Wirtschaftsunion eine unverzichtbare Etappe auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Entwicklung des internationalen Handels ist;

Glaubt, daß die internationale Währungsordnung durch den inflationären Trend bedroht ist, der sich überall in der westlichen Welt bemerkbar macht, und begrüßt die auf der Konferenz der Regierungschefs in Den Haag getroffene Entscheidung, sich mit dieser Frage zu befassen;

Ist schließlich der Meinung, daß die WEU zur Zeit das einzige im eigentlichen Sinn europäische Instrument für die ständige Beratung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und der auswärtigen Politik ist,

Empfiehlt dem Rat

1. nach Mitteln zu suchen, mit denen so schnell wie möglich die Krise, die seine Mitglieder entzweit, behoben werden kann;
2. die internationale Lage auf dem Gebiet der Währungen zu überprüfen, um eine Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten der EWG und des Vereinigten Königreichs im internationalen Währungsfonds zu erreichen und zu vermeiden, daß es infolge neuer internationaler Vereinbarungen zu einer Verschärfung des inflationären Drucks kommt oder daß die Errichtung eines dauerhaften Währungssystems nur von der amerikanischen Politik abhängig ist;
3. die Maßnahmen zu prüfen, die die EWG zur Verstärkung des Gemeinsamen Marktes und seiner Umwandlung in eine wirkliche Wirtschaftsunion ergreifen muß;
4. sich regelmäßig über die Hilfe für die Entwicklungsländer zu verständigen, um zu vermeiden, daß diese Hilfe durch Maßnahmen verzögert wird, die zahlreiche Länder treffen müssen, um dem inflationären Druck zu widerstehen;
5. zu versuchen, durch eine Koordinierung der auswärtigen und der Verteidigungspolitik der EWG-Länder und Großbritanniens den Weg für eine wirkliche europäische Union zu eröffnen;

zu diesem Zweck:

(a) die regelmäßigen Beratungen über die Lage im Nahen Osten fortzusetzen, damit die europäischen Länder an jeder international garantierten Regelung teilnehmen können, die dem derzeitigen Konflikt ein Ende setzen kann;

(b) in Verbindung mit den Vereinigten Staaten die Folgen zu prüfen, die eine Konferenz über die europäische Sicherheit für Europa haben könnte;

(c) darauf zu bestehen, daß diese Konferenz, wenn sie Erfolg haben soll

(1) die Stabilität und die Entspannung in Europa fördern muß;

(2) nicht zu einer Schwächung des Westens oder zur Anerkennung des Rechtes irgendeines europäischen Staates führen darf, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen.

Empfehlung Nr. 193

über die WEU und die politische Union Europas

Die Versammlung,

begrüßt es, daß die Konferenz von Den Haag einen Hinweis dafür gegeben hat, wie Europa zu echten Fortschritten gelangen könnte dank der Annahme eines Gesamtprogramms für die Vollendung, Verstärkung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft;

begrüßt ferner den Beschluß, Verhandlungen über die Erweiterung der Gemeinschaft so schnell wie möglich aufzunehmen;

fordert dringend, daß die Verhandlungen über die Erweiterung sich auf die Hauptprobleme beschränken und in kurzer Zeit beendet werden;

nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß im Kommuniqué von Den Haag sechs Länder einstimmig die politischen Ziele Europas anerkannt haben;

ist überzeugt, daß die WEU im Namen Europas sprechen könnte in Übereinstimmung mit der Rolle, die ihr im Brüsseler Vertrag zugeteilt ist, bis eine erweiterte Gemeinschaft dazu in der Lage ist;

Empfiehlt dem Rat

1. eine Formel zu finden, die es dem Rat gestattet, sich wieder vollzählig zu versammeln;
2. eine ständige politische Konsultation auf der Ebene der Minister und der ständigen Vertreter in die Wege zu leiten;
3. Arbeitsmethoden zu finden, ähnlich denen, die in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft üblich sind, um das politische Programm von Den Haag durchzuführen und Untersuchungen anzustellen, um zu einer größeren politischen Einheit Westeuropas zu gelangen;
4. eine schnelle Verwirklichung des politischen Programms von Den Haag anzustreben, um zu Fortschritten auf dem Gebiet der politischen Einigung im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft zu kommen.

Empfehlung Nr. 194

über den internationalen Waffenhandel

Die Versammlung,

ist der Meinung, daß in allen Gegenden der Welt, wo gegenwärtig mörderische Kriege geführt werden, die Waffen aus hochindustrialisierten gebietsfremden Ländern kommen;

ist sich jedoch bewußt, daß der größere Teil dieser Waffenlieferungen aufgrund militärischer Abkommen erfolgt;

stellt deshalb fest, daß, da der größte Teil des Waffenexports der Genehmigung der Regierungen unterliegt, der Mord und der Völkermord durch Zwischenpersonen eine rechtliche Basis gefunden haben;

ist davon beunruhigt, daß in diesen Fragen die Bevölkerung und die Parlamentarier der betreffenden Länder in Unkenntnis gehalten werden;

erinnert jedoch daran, daß dem amerikanischen Kongreß entsprechend den Gesetzen zweimal im Jahr ein Bericht über die Arten, Mengen und Empfängerländer aller von den Vereinigten Staaten exportierten Waffen vorgelegt werden muß;

hat festgestellt, daß mehrere Initiativen unternommen wurden, um diesen Zustand zu beenden, namentlich die Empfehlungen A/CI/L 446 betreffend die Registrierung des internationalen Waffenhandels beim Generalsekretär der Vereinten Nationen, die von drei Mitgliedsländern der NATO am 21. November 1968 eingebracht wurde;

stellt endlich fest, daß zwar das Schicksal der Entwicklungsländer Gegenstand zahlreicher Konferenzgespräche ist, während diese die Kosten für diesen Waffenhandel sowohl in materiellen Gütern als auch mit Menschenleben zu tragen haben, daß außerdem zahlreiche Konferenzen abgehalten werden, um die Rüstungen der Länder, die sich nicht im Kriege befinden, zu beschränken, während niemand daran denkt, die Menschen zu entwaffnen, die gegenwärtig sterben, ohne in den meisten Fällen zu wissen wofür, jedoch zum großen Profit derer, die ihnen die Waffen geliefert haben,

Empfiehlt dem Rat:

1. die Mitgliedsregierungen dringend aufzufordern, auf höchster internationaler Ebene und namentlich im Rahmen der UNO alles zu versuchen, daß jeder Waffenhandel streng kontrolliert und ein Schiedsgerichtshof errichtet wird, der in der Lage ist, internationale Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen;
2. die Länder, die schwere Waffen herstellen und besitzen, die möglicherweise die Kriegsgefahr in irgendeinem Land der Erde vergrößern könnten, aufzufordern Militärflugzeuge, Raketen, Panzer, Kriegsschiffe, schwere Geschütze, Radargeräte usw. nicht mehr zu exportieren;
3. das Rüstungskontrollamt zu beauftragen, einen umfassenden Bericht über alle Waffenexporte und über die Auswirkungen, die diese für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt gehabt haben, dem Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen vorzulegen.

Empfehlung Nr. 191

über die Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit

Die Versammlung,

hat den Stand der europäischen Sicherheit im Licht der Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten und der Länder der WEU geprüft;

begrüßt alle konstruktiven Maßnahmen, die geeignet sein können, zu einer Verminderung der internationalen Spannung und zu einer gewissen Rüstungskontrolle zu führen, sie begrüßt namentlich die bilateralen Gespräche über die Begrenzung der strategischen Waffen und alle multilateralen Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt über konkrete Maßnahmen wie z. B. die ausgeglichene Reduzierung der Streitkräfte;

begrüßt ferner, das Kommuniqué des Nordatlantikrates vom 15. 12. 1969, das sich auf die Vorschläge des Warschauer Pakts hinsichtlich einer Konferenz über die europäische Sicherheit bezieht, die ausdrücklich dem Kommuniqué von Moskau vom 4. 12. 1969 entspricht und das erklärt, daß die NATO die Verfahrensfragen prüfen wird sowie die Fragen, die sich für eventuelle Verhandlungen am besten anbieten;

erinnert sich indessen, daß die Sowjetunion zu wiederholten Malen und bedenkenlos ihre Macht gebraucht hat, um jede Meinungsfreiheit namentlich in Berlin, in Ungarn und in der Tschechoslowakei zu ersticken und ist deshalb der Meinung, daß der Westen es sich nicht erlauben kann, aus einem Gefühl der Unterlegenheit der Sowjetunion gegenüber in Verhandlungen einzutreten;

begrüßt es, daß der Rat sich die Meinung, die die Versammlung in ihrer Empfehlung 186 zum Ausdruck gebracht hat, zu eigen gemacht hat, wonach „solange ein dauerhafter Friede in Europa nicht sichergestellt ist, die Bemühungen um eine ausreichende und wirksame Verteidigung innerhalb der militärischen Organisation der NATO beibehalten werden müssen";

begrüßt die detaillierte vergleichende Untersuchung, welche die NATO über das militärische Potential der NATO und des Warschauer Paktes anstellt;

ist der Meinung, daß die Absicht der Vereinigten Staaten, ihren vollen Beitrag zur Verteidigung Europas im Rahmen der NATO aufrechtzuerhalten, nicht in Frage gestellt ist, daß die amerikanische nukleare Abschreckungsstreitmacht ihre Glaubwürdigkeit behalten wird, daß die amerikanischen taktischen nuklearen Waffen in Europa bleiben werden und daß in vorhersehbarer Zukunft die klassischen amerikanischen Streitkräfte der drei Waffengattungen, die in Europa stationiert sind, auf ihrem gegenwärtigen Stand gehalten werden und daß diese Beiträge die Gültigkeit der Strategie der abgestuften Reaktion garantieren werden;

stellt indessen fest, daß gegenwärtig der Beitrag der Länder der WEU zur gemeinsamen Verteidigung nur bedingt den Vergleich mit jenem der Vereinigten Staaten aushält, sowohl hinsichtlich der Effektivstärke wie der für die Verteidigung vorgesehenen Ausrüstungsmittel;

bedauert tief den Entschluß Kanadas, einen bedeutenden Teil seiner Streitkräfte aus Europa zurückzuziehen;

erinnert an ihre am 12. 12. 1966 angenommene Empfehlung 139.

Empfiehlt dem Rat,

die Mitgliedsregierungen zu bitten:

1. den Nordatlantikrat dringend aufzufordern, sich über eine genaue Schätzung des gegenwärtigen Standes und des Potentials der Streitkräfte des Warschauer Paktes und der NATO abzustimmen, um einen Ausgangspunkt zu gewinnen, sowohl für die Planung der Streitkräfte in der NATO wie für die Vorbereitung eventueller Verhandlungen über die gleichmäßige und kontrollierte Verminderung dieser Streitkräfte;
2. die Wirksamkeit ihrer Verteidigungsbemühungen zu verstärken, namentlich durch die Auffüllung der Einheiten auf ihre volle Effektivstärke, durch Vermehrung des Bestands an militärischen Ausrüstungen, durch rechtzeitige Modernisierung des Materials, durch Verbesserung der Lage der Reservestreitkräfte und durch Eingliederung aller Streitkräfte der WEU in die NATO;
3. darauf zu bestehen, daß von beiden Seiten des Atlantik entsprechende Anteile an der Aufstellung und Unterhaltung der der NATO unterstehenden klassischen Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent und in den angrenzenden Meeren zur Verfügung gestellt werden;
4. die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und eine sehr enge Zusammenarbeit im Rahmen der NATO zwischen den Ländern, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften sind oder werden wollen, in die Wege zu leiten, namentlich um ihre Verteidigungsanstrengungen durch eine gemeinsame Rüstungsproduktion sowie durch die gemeinsame Aufstellung und Unterhaltung einer Unterseebootflotte mit nuklearem Antrieb, die jedoch ausschließlich mit klassischen Waffen bestückt ist, zu verbessern;
5. darüber zu wachen, daß in den Nuklearmächten der WEU die Produktionskapazität von Nuklear-

waffen aller Art beibehalten wird für den Fall, daß in einer ferneren Zukunft eine europäische Föderation das Bedürfnis hätte, über ihre eigene Nuklearstreitmacht zu verfügen, wenn zu diesem Zeitpunkt ein internationales Abkommen über die Begrenzung der strategischen Waffen noch nicht in Kraft getreten sein sollte;

6. alle Ost-West-Gespräche zu fördern, die geeignet erscheinen, zu einem Abkommen über konkrete und kontrollierte Maßnahmen zu führen, etwa multilaterale Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, über eine ausgeglichene Einschränkung der Streitkräfte und der Rüstung sowie bilaterale Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen oder andere Maßnahmen, die geeignet sein können, die Ost-West-Spannung zu vermindern, namentlich eine Regelung der Hauptprobleme Deutschlands und Berlins.